

BUND-Info 38/Berlin, 28. September 2011

BUND: SPD und Grüne dürfen sich nicht vom Bundesverkehrsminister erpressen lassen

Realistische Entscheidung über Bundesmittel erst 2013 möglich

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer spielt nach Ansicht des Berliner Landesverbandes des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Berlin) ein parteipolitisches Spiel und sagt angesichts des missverständlich formulierten Kompromisses von SPD und Bündnis '90/Die Grünen nur die halbe Wahrheit.

Natürlich könne der Bund entscheiden, die Erhaltung und Lärmsanierung der Berliner Autobahnen zu erhöhen und im Gegenzug auf den 420 Mio. Euro teuren Autobahnbau zu verzichten. Rechtlich gäbe es dafür kein Hindernis. Schließlich habe Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer selbst im Entwurf für den Bundeshaushalt die Mittel für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen massiv gekürzt, um marode Straßennetze und baufällige Autobahnbrücken zu sanieren.

Tilman Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND: „Wenn SPD und Bündnis '90/Die Grünen eine zielorientierte und konstruktive Diskussion über die zukünftigen Investitionsprioritäten für eine leistungsfähige Infrastruktur führen wollen, dürfen sie sich nicht von Peter Ramsauer erpressen lassen. Der Bundesverkehrsminister hat zwar formal Recht. Die im hoffnungslos unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan für den Weiterbau der A 100 vorgesehenen Mittel können tatsächlich nicht einfach umgewidmet werden. Dafür gibt es allerdings einen einfachen Grund: der Bau der A 100 ist bisher noch nicht im Bundeshaushalt veranschlagt, es liegt auch noch keine Finanzierungsplanung des Bundes für das unsinnige Großprojekt vor. Was der Bundesverkehrsminister allerdings verschweigt: Die für ein Bundesland für Bundesfernstraßen eingeplanten Mittel können bei Vorliegen des entsprechenden Bedarf bzw. der rechtlichen Voraussetzung grundsätzlich für Erhaltungs- und Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen verwendet werden. Dies stellte das Bundesverkehrsministerium in der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag vom 8. September 2009 fest (BT-Drs. 16/13760).“

Der Bundesverkehrsminister verschweige nach Meinung des BUND Berlin zudem, dass bei einem Bau der A 100 das Geld für die zügige Erneuerung und Lärmsanierung des teilweise maroden Berliner Autobahnnetzes fehlen werde. Dies betreffe z.B. die Autobahn A 114 in Pankow. Nicht abgesichert seien zudem andere Berliner Infrastrukturprojekte, für die der Bund zahlen müsse: so z.B. der mindestens 420 Mio. Euro teure Bau der Schienenanbindung des Flughafens BBI über die Dresdner Bahn oder die überfällige stadtverträgliche Sanierung des Landwehrkanals mit Kosten von mindestens 100 Mio. Euro. Voraussetzung für die Umsetzung dieser Projekte seien allerdings baureife Planungen, die jedoch innerhalb von zwei Jahren sichergestellt werden könnten.

Tilman Heuser: „Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat in den vergangenen Jahren vorrangig den Bau der A 100 vorangetrieben, während z.B. die Planungen für die Sanierung der A 114 in Pankow seit Jahren vor sich hindümpeln. Ebenso wenig Engagement wies die Berliner Landespolitik bisher für einen anwohnerverträglichen Bau der Schienenanbindung zum Flughafen BBI über die Dresdner Bahn oder die Sanierung des Landwehrkanals auf. Klar ist: Erst wenn diese Projekte in den kommenden Jahren baureif geplant werden, kann ihre Finanzierung beim Bund beantragt werden. Klar ist auch: Der Bund kann angesichts knapper Finanzen nur einen Bruchteil der geplanten Infrastrukturprojekte

finanzieren. Wenn Berlin eine leistungsfähige Infrastruktur sichern will, müssen daher in den kommenden Jahren zwangsläufig Prioritäten gesetzt und diese mit dem Bund verhandelt werden. Bei dieser verkehrspolitisch vernünftigen Prioritätensetzung darf sich Berlin nicht von der schwarz-gelben Bundesregierung erpressen lassen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat die Katze aus dem Sack gelassen und deutlich gemacht, dass er aus parteipolitischen Gründen nicht bereit ist, die von ihm selbst geforderte Debatte über Investitionsprioritäten tatsächlich zu führen. Angesichts der Vorlaufzeiten für die Planung von Erhaltungs- und Lärmsanierungsmaßnahmen sowie Ramsauers Verweigerungshaltung, kann eine Entscheidung über Bau der A 100 oder die Realisierung anderer Projekte erst nach der nächsten Bundestagswahl 2013 getroffen werden.“

Für Rückfragen:

BUND-Pressestelle, Carmen Schultze fon: (030) 78 79 00-12

Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer fon: 0177-78 79 013